KPMG

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und Lagebericht

PRÜFUNGSBERICHT

Bio-Zentrum Halle GmbH
Halle (Saale)

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

1	**Prüfungsauftrag**	**1**
2	**Grundsätzliche Feststellungen**	**2**
2.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung	2
2.2	Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen	3
3	**Durchführung der Prüfung**	**4**
3.1	Gegenstand der Prüfung	4
3.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	4
4	**Feststellungen zur Rechnungslegung**	**6**
4.1	Buchführung und zugehörige Unterlagen	6
4.2	Jahresabschluss	6
4.3	Lagebericht	6
5	**Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**	**7**
5.1	Erläuterungen zur Gesamtaussage	7
5.2	Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	7
6	**Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**	**8**
6.1	Ertragslage	8
6.2	Vermögenslage	10
6.3	Finanzlage	12
7	**Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags**	**13**
8	**Bestätigungsvermerk**	**15**

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Anlagenverzeichnis

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und Lagebericht	**1**
Bilanz zum 31. Dezember 2017	1.1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017	1.2
Anhang für das Geschäftsjahr 2017	1.3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017	1.4
Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz	**2**
Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	**3**
Allgemeine Auftragsbedingungen	**4**

An die Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale)

1 Prüfungsauftrag

In der Gesellschafterversammlung am 7. Juni 2017 der

Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale),
– im Folgenden auch kurz „Gesellschaft" genannt –

sind wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 gewählt worden. Die Geschäftsführung hat uns demzufolge den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Auftragsgemäß erstreckt sich die Prüfung weiterhin auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG).

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW Prüfungsstandards 450 erstellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Dem Auftrag liegen die als Anlage 4 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde. Unsere Haftung richtet sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2 Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung

Folgende Kernaussagen des Lageberichts sind aus unserer Sicht hervorzuheben:

- Für die Bio-Zentrum Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und dessen Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität.
- Der Mietzins konnte auch im Jahr 2017 beibehalten werden, obwohl zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungsbereich als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Reparaturen entstanden. Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur machte zudem Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig.
- Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 99,79 % ausgelastet.
- Die Betriebsleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber 2016 um TEUR 38 (+2,1 %) auf TEUR 1.832 erhöht. Der Jahresüberschuss hat sich bei um TEUR 77 gestiegenen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 25 auf TEUR 43 vermindert, liegt aber dennoch TEUR 19 über dem Planansatz.
- Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich durch Umschichtung ins Finanzanlagevermögen bei gleichzeitiger Verringerung der liquiden Mittel (TEUR 1.500) auf nunmehr 82,8 % (i. Vj. 69,9 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 59,9 % im Vorjahr auf 56,6 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.
- Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre der Mittelfristplanung 2018 bis 2023 insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt. Es sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.
- Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der Bio-Zentrum Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in verschiedenen Technologiebereichen.
- Risiken liegen in den alternden Gebäuden sowie Leerstandsrisiken resultierend aus schärferen Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (die Mieter).

Wir stellen fest, dass der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt und die zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zutreffend darstellt.

Zu den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen der Gesellschaft verweisen wir auf die Anlage 3.

2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt. Sie geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllt werden können.

Sollten sich die im Lagebericht von der Geschäftsführung aufgeführten wesentlichen Risiken, wie

- allgemein verschärfende Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (Anzahl aktueller und potenzieller Mieter),
- Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten),
- eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital durch die Mieter (insbesondere in der Frühphase),
- sowie erhöhte Leerstandsrisiken in Verbindung mit erheblichen Umbauten und Modernisierungskosten durch die Fertigstellung des Neubaus eines Proteinzentrums der Martin-Luther-Universität

kumuliert realisieren, kann dies die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigen.

3 Durchführung der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bio-Zentrum Halle GmbH für das zum 31. Dezember 2017 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist verantwortlich für

- die Buchführung,
- die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie
- die uns erteilten Aufklärungen und Nachweise.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Gemäß § 317 Abs. 4a HGB hat sich eine Abschlussprüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand der Gesellschaft oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Die Prüfung erstreckte sich ferner gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und den vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Ziel unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist es sicherzustellen, dass die Aussagen im Jahresabschluss und Lagebericht der Bio-Zentrum Halle GmbH eine verlässliche Basis für die Entscheidungen der Adressaten bilden.

Die Grundzüge unseres Prüfungsvorgehens stellen wir im Folgenden dar:

Phase I: Entwicklung einer an den Geschäftsrisiken ausgerichteten Prüfungsstrategie
Erlangung von Geschäftsverständnis und Kenntnis der Rechnungslegungssysteme sowie des internen Kontrollsystems
Festlegung von Prüfungsschwerpunkten auf Basis unserer Risikoeinschätzung: – Prozess der Jahresabschlusserstellung – Bestehen und Genauigkeit der Zugänge zum Sach- und Finanzanlagevermögen – Vollständigkeit und Genauigkeit der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – Bestehen und Genauigkeit der Mieterlöse (Umsatzrealisierung)
Festlegung der Prüfungsstrategie und des zeitlichen Ablaufs der Prüfung
Auswahl des Prüfungsteams und Planung des Einsatzes von Spezialisten

Phase II: Einzelfallprüfungen und analytische Prüfungen von Abschlussposten
Durchführung analytischer Prüfungen von Abschlussposten
Einzelfallprüfungen in Stichproben und Beurteilung von Einzelsachverhalten unter Berücksichtigung der ausgeübten Bilanzierungswahlrechte und Ermessensspielräume, u. a. – Einholen von Rechtsanwaltsbestätigungen und Bestätigungen der Kreditinstitute – Einholen von Steuerberaterbestätigungen – Kritische Durchsicht des Prüfungsberichtes des Vorjahresprüfers
Prüfung der Angaben im Anhang und Beurteilung des Lageberichts

Phase III: Gesamtbeurteilung der Prüfungsergebnisse und Berichterstattung
Bildung des Prüfungsurteils auf Basis der Gesamtbeurteilung der Prüfungsergebnisse
Berichterstattung in Prüfungsbericht und Bestätigungsvermerk
Detaillierte mündliche Erläuterungen der Prüfungsergebnisse gegenüber Management und Aufsichtsgremium (Gesellschafterversammlung)

Der Prüfung gemäß § 53 HGrG liegt der IDW Prüfungsstandard „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720)" zugrunde. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt 2.

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten April bis Mai zum 18. Mai 2018 durchgeführt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

4 Feststellungen zur Rechnungslegung

4.1 Buchführung und zugehörige Unterlagen

Die Bücher der Gesellschaft sind ordnungsmäßig geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die zugehörigen Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir festgestellt, dass die von der Gesellschaft getroffenen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten zu gewährleisten.

4.2 Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den zugehörigen Unterlagen der Gesellschaft entwickelt worden. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind beachtet worden.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt. Der Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben. Die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags über den Jahresabschluss sind eingehalten.

Die Inanspruchnahme der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist zu Recht erfolgt.

4.3 Lagebericht

Der Lagebericht der Geschäftsführung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss sowie mit den von uns bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. Unsere Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass im Lagebericht die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

5 Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

5.1 Erläuterungen zur Gesamtaussage

Die allgemeinen Bewertungsgrundlagen sind im Anhang der Gesellschaft (vgl. Anlage 1.3) beschrieben.

5.2 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Wir sind der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

6 Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

6.1 Ertragslage

Zur Darstellung der Ertragslage verwenden wir in der nachfolgenden Übersicht eine unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten abgeleitete Ergebnisrechnung:

	2017		2016		Ergebnis-verände-rung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse					
Mieteinnahmen	884	48,2	882	49,2	2
Mietnebenkosten	905	49,4	892	49,7	13
Bestandsveränderung	40	2,2	7	0,4	33
Andere laufende betriebliche Erträge	3	0,2	13	0,7	-10
Betriebsleistung	**1.832**	**100,0**	**1.794**	**100,0**	**38**
Materialaufwand	950	51,8	911	50,8	39
Personalaufwand	58	3,2	88	4,9	-30
Sonstige betriebliche Betriebsaufwendungen	626	34,2	558	31,1	68
Aufwendungen für die Betriebsleistung	**1.634**	**89,2**	**1.557**	**86,8**	**77**
Betriebsergebnis	198	10,8	237	13,2	-39
Abschreibungen und Auflösung von Sonderposten	156	8,5	155	8,6	1
Ordentliches Unternehmensergebnis	**42**	**2,3**	**82**	**4,6**	**-40**
Zinsergebnis	10	0,5	6	0,3	4
Ergebnis vor Ertragsteuern	**52**	**2,8**	**88**	**4,9**	**-36**
Ertragsteuern	-9	-0,5	-20	-1,1	11
Jahresüberschuss	**43**	**2,3**	**68**	**3,8**	**-25**

Die Betriebsleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber 2016 um TEUR 38 (2,1 %) auf TEUR 1.832 erhöht. Dabei stiegen die Mieteinnahmen um TEUR 2, die abgerechneten Mietnebenkosten um TEUR 13 und die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten um TEUR 33 gegenüber dem Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen dagegen um TEUR 10 zurück.

Die Raumkosten der Mieter erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 39.

Die Personalkosten der Gesellschaft sind um TEUR 30 auf TEUR 58 gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vorjahresvergleich um TEUR 68. Dabei haben sich in dieser Position die Instandhaltungsaufwendungen (TEUR +88) und die Kosten der Warenabgabe (TEUR +5) erhöht. Die Raumkosten (TEUR -8), die Werbe- und Reisekosten (TEUR -4) und die sonstigen Kosten (TEUR -13) haben sich hingegen vermindert.

Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 594 (i. Vj. TEUR 593).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse haben sich im Vorjahresvergleich nicht verändert und betragen wie bisher TEUR 438.

Das EBIT ist im Vergleich zu 2016 um TEUR 40 auf TEUR 42 zurückgegangen.

Das Finanzergebnis ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 6) um TEUR 4 angestiegen.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag haben sich durch das verminderte Ergebnis vor Steuern um TEUR 11 auf TEUR 9 vermindert. Die Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern beträgt 17,3 % gegenüber 22,7 % im Vorjahr.

Der Jahresüberschuss hat sich um TEUR 25 auf TEUR 43 vermindert.

6.2 Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die einzelnen Posten nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst:

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0,0	0	0,0	3
Sachanlagen	5.398	56,6	5.976	59,9	-578
Finanzanlagen	2.502	26,2	1.002	10,0	1.500
Anlagevermögen	**7.903**	**82,8**	**6.978**	**69,9**	**925**
Liefer- und Leistungsforderungen	88	0,9	4	0,0	84
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	99	1,0	305	3,1	-206
Flüssige Mittel	1.458	15,3	2.697	27,0	-1239
Umlaufvermögen	**1.645**	**17,2**	**3.006**	**30,1**	**-1.361**
Gesamtvermögen	**9.548**	**100,0**	**9.984**	**100,0**	**-436**
Eigenkapital	**6.857**	**71,8**	**6.814**	**68,3**	**43**
Sonderposten	**2.251**	**23,5**	**2.690**	**26,9**	**-438**
Rückstellungen	206	2,2	120	1,2	86
Erhaltene Anzahlungen	79	0,8	129	1,3	-50
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	111	1,2	130	1,3	-19
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	44	0,5	101	1,0	-57
Fremdkapital insgesamt	**440**	**4,7**	**480**	**4,8**	**-40**
Gesamtkapital	**9.548**	**100,0**	**9.984**	**100,0**	**-436**

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 436 (-4,4 %) auf TEUR 9.548 vermindert.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich durch Zugänge im Finanzanlagevermögen bei gleichzeitiger Verringerung der liquiden Mittel (TEUR 1.500) auf nunmehr 82,8 % (i. Vj. 69,9 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 59,9 % im Vorjahr auf 56,6 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (TEUR 19) und Abschreibungen in Höhe von TEUR 594 hat sich das Sachanlagevermögen zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen um TEUR 575 auf TEUR 5.401 vermindert.

Das mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen hat sich im Vorjahresvergleich um TEUR 1.362 oder 45,3 % auf TEUR 1.642 vermindert. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 88 haben sich um TEUR 84 erhöht, die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um TEUR 206 auf TEUR 97 vermindert.

Die wesentliche Veränderung bei den Sonstigen Vermögensgegenständen ergibt sich bei den Forderungen aus Überleitung der Mieterdirektabrechnung der EVH in Höhe von TEUR 210.

Die liquiden Mittel betrugen am Bilanzstichtag TEUR 1.458 (i. Vj. TEUR 2.697) und nahmen um TEUR 1.240 ab. Dies ist im Wesentlichen auf die Umschichtung in langfristiges Finanzanlagevermögen zurückzuführen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss des Berichtsjahres um TEUR 43 auf TEUR 6.857 angestiegen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt damit 71,8 %. Bezieht man den Sonderposten für Investitionszuschüsse hälftig mit ein, so ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 83,6 %.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse hat sich planmäßig um TEUR 438 auf TEUR 2.251 vermindert. Die Auflösung orientiert sich an der Abschreibung der geförderten Vermögensgegenstände.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt TEUR 86 auf TEUR 206 erhöht, im Wesentlichen durch Erhöhung bei der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung (TEUR +89). Die übrigen Rückstellungen veränderten sich jeweils geringfügig oder blieben unverändert.

Das kurzfristige Fremdkapital (Verbindlichkeiten) hat sich um TEUR 127 auf TEUR 225 vermindert. Dabei haben sich die erhaltenen Anzahlungen auf Mietnebenkosten um TEUR 50, die Lieferantenverbindlichkeiten um TEUR 20 und die sonstigen Verbindlichkeiten um TEUR 57 vermindert.

6.3 Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

	2017	2016
	EUR	EUR
Periodenergebnis	42.715	68.428
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	155.647	155.004
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	85.775	-49.050
Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	136.687	-70.900
Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-126.565	70.475
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-420	0
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-10.382	-5.634
Ertragsteueraufwand/-ertrag	9.306	20.420
Ertragsteuerzahlungen	-24.240	-32.641
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**268.523**	**156.101**
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4.264	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	420	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-14.902	-552
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.000.000	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.500.000	0
Erhaltene Zinsen	10.382	5.634
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**-1.508.364**	**5.082**
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.239.841	161.183
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.697.370	2.536.187
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**1.457.529**	**2.697.370**

7 Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

Die im Gesetz und in dem einschlägigen IDW Prüfungsstandard 720 geforderten Angaben zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir in Anlage 2 zusammengestellt.

Nach unserer Beurteilung wurden die Geschäfte mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt.

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte ergeben, die nach unserer Auffassung Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

Ferner hat die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben.

8 Bestätigungsvermerk

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale)

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 18. Mai 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

KPMG AG WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL BERLIN

Dr. Schneider
Wirtschaftsprüfer

Sachs
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Anlage 1
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und Lagebericht

1.1 Bilanz

1.2 Gewinn- und Verlustrechnung

1.3 Anhang

1.4 Lagebericht

Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale)

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

	31.12.2017		31.12.2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche		3.434,00		0,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.374.196,51		5.930.750,51	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.242,00	5.397.438,51	44.993,00	5.975.743,51
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	2.350,00		2.350,00	
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.500.000,00	2.502.350,00	1.000.000,00	1.002.350,00
		7.903.222,51		**6.978.093,51**
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Unfertige Leistungen	870.000,00		830.000,00	
2. Erhaltene Anzahlungen	-870.000,00	0,00	-830.000,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	87.991,36		3.599,75	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	96.674,29	184.665,65	302.819,17	306.418,92
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.457.528,78		2.697.369,81
		1.642.194,43		**3.003.788,73**
C. Rechnungsabgrenzungsposten		**1.650,00**		**1.650,00**
		9.547.066,94		**9.983.532,24**

Passiva

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	4.749.118,29	4.749.118,29
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	1.982.991,68	1.940.276,71
2. Andere Gewinnrücklagen	98.361,42	98.361,42
	6.856.471,39	**6.813.756,42**
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	**2.251.316,00**	**2.689.706,00**
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	0,00	945,00
2. Sonstige Rückstellungen	206.100,00	119.380,00
	206.100,00	**120.325,00**
D. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	79.223,51	129.121,92
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	110.920,76	130.434,65
3. Sonstige Verbindlichkeiten	34.514,09	91.667,06
– davon aus Steuern EUR 3.271,43 (i. Vj. EUR 21.551,79) –		
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 759,23 (i. Vj. EUR 760,64) –		
	224.658,36	**351.223,63**
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**8.521,19**	**8.521,19**
	9.547.066,94	**9.983.532,24**

Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale)

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2017		2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		1.789.475,88		1.774.652,59
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen		40.000,00		7.000,00
3. Sonstige betriebliche Erträge		2.639,76		12.827,44
4. Materialaufwand				
Aufwendungen für bezogene Leistungen		950.215,75		910.600,66
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	47.267,88		71.959,54	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung – davon für Altersversorgung EUR 2.394,82 (i. Vj. EUR 2.394,82) –	10.258,05	57.525,93	15.736,26	87.695,80
6. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	594.037,06		593.394,00	
b) abzüglich Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	-438.390,00	155.647,06	-438.390,00	155.004,00
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		626.779,63		557.572,10
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		10.381,95		5.633,84
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		9.305,53		20.419,51
10. Ergebnis nach Steuern		**43.023,69**		**68.821,80**
11. Sonstige Steuern		308,72		393,99
12. Jahresüberschuss		**42.714,97**		**68.427,81**
13. Einstellung in Gewinnrücklagen				
in gesellschaftsvertragliche Rücklagen		42.714,97		68.427,81
14. Bilanzgewinn		**0,00**		**0,00**

Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale)

Anhang für das Geschäftsjahr 2017

A. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

1. Die Bio-Zentrum Halle GmbH hat ihren Sitz in Halle (Saale). Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Stendal unter der Nummer 208840 in Abteilung B eingetragen.

B. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Angaben zu den anzuwendenden Rechtsvorschriften und den Größenmerkmalen der Gesellschaft

2. Der Jahresabschluss der Bio-Zentrum Halle GmbH für das Geschäftsjahr 2017 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und den ergänzenden Regelungen des Gesellschaftsvertrages aufgestellt.
   Für das Geschäftsjahr 2017 kam - wie bereits im Vorjahr - das HGB in der Form des Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetzes (BilRUG) zur Anwendung.

3. Die Gesellschaft überschritt im Berichtsjahr lediglich eines der in § 267 Abs. 1 HGB genannten Größenmerkmale und zählt daher zu den kleinen Kapitalgesellschaften. Nach § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft den Jahresabschluss und den Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB aufzustellen.

Angaben zur Form der Darstellung in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (Darstellungsstetigkeit) sowie Angaben zu Vorjahreszahlen (§ 265 HGB)

4. Der vorliegende Jahresabschluss ist grundsätzlich unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewandten Gliederungsgrundsätze aufgestellt (§ 265 Abs. 1 S. 2 HGB). Das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung wurde entsprechend dem HGB i.d.F. des BilRUG dargestellt.

5. Die Darstellung der Umsatzerlöse des Geschäfts- und Vorjahres innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte entsprechend § 277 Abs. 1 HGB i.d.F. BilRUG. Zur besseren Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden im Berichtsjahr die Aufwendungen für bezogene Leistungen, soweit diese weiterberechnet wurden, entgegen der Darstellung in den Vorjahren als Materialaufwand ausgewiesen. Die im Vorjahr entsprechend noch im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesenen Beträge wurden im Gliederungsschema nach § 275 Abs. 2 und 3 HGB i.d.F. des BilRUG umgegliedert.

C. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

6. Die Vermögensgegenstände des immateriellen Anlagevermögens und des Sachanlagevermögens wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Im Geschäftsjahr 2017 kam die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Soweit in den Vorjahren die degressive Abschreibung gewählt wurde erfolgte im Berichtjahr eine Fortführung.
   Die Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegegenstände wurde auf Basis der steuerlichen AfA-Tabellen geschätzt. Die Abschreibung auf die Zugänge zum immateriellen und zum Sachanlagevermögen erfolgt zeitanteilig.

   Die Behandlung der Anschaffung abnutzbarer, beweglicher Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungskosten 410,00 € nicht übersteigen, folgt den steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften des § 6 Abs. 2 und 2a EStG. Die steuerbilanziellen Vorschriften können, da der Posten insgesamt von untergeordneter Bedeutung ist, hier nach herrschender Meinung für die Handelsbilanz übernommen werden.

7. Die unter den Finanzanlagen erfassten sonstigen Wertpapiere des Finanzanlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten einschließlich der Anschaffungsnebenkosten bewertet.
   Es kommt grundsätzlich das gemilderte Niederstwertprinzip zum Zuge, so dass die Vermögensgegenstände nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet werden.
   Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Börsen- oder Marktpreis vorgenommen.

8. Sofern Vermögensgegenstände des Anlagevermögens mit ihren Herstellungskosten bzw. ihren fortgeführten Herstellungskosten bewertet wurden, erfolgte dabei keine Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital (§ 284 Abs. 2 Nr. 4 HGB).

9. Empfangene Zuschüsse und Subventionen werden bei den Anschaffungskosten der betreffenden Wirtschaftsgüter nicht gekürzt, sondern vielmehr als Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Das Gliederungsschema des §266 HGB wurde insoweit nach §265 Abs. 5 HGB erweitert.
   Hierbei handelt es sich um Zuschüsse für das Forschungsverfügungsgebäude im Weinbergweg 22.

Umlaufvermögen

10. Die sonstigen Gegenstände des Umlaufvermögens, insbesondere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie die Liquiden Mittel wurden im Wesentlichen mit dem Nennbetrag angesetzt.
    Risiken im Forderungsbestand werden, sofern solche vorhanden sind, durch die Bildung angemessener Pauschal- und Einzelwertberichtigungen berücksichtigt.
    Im Posten Vorräte sind erbrachte und noch nicht abgerechnete Leistungen (Nebenkosten) an Mieter i.H.v. 870.000 € enthalten. Die Bewertung dieser unfertigen und noch nicht abgerechneten Leistungen erfolgte dergestalt, dass der Berichtsgesellschaft durch die Abrechnung der Nebenkosten periodenübergreifend weder ein Aufwand noch ein Ertrag entstehen darf. Die Forderungen werden in Anlehnung an wohnungswirtschaftliche Standards unter den Vorräten ausgewiesen. Die korrespondierenden erhaltenen Vorauszahlungen (erhaltene Anzahlungen) werden offen von diesen Forderungen abgesetzt.

11. Der sich nach der steuerlichen Gewinn- und Verlustrechnung ergebende Steueraufwand entspricht im Berichtsjahr dem Ergebnis der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung. Aufgrund einheitlicher Steuer- und Handelsbilanz entsteht hieraus daher keine Steuerlatenz.

12. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse beinhaltet Fördermittel für die Errichtung der Geschäftsgebäude Bio-Zentrum im Weinbergweg 22.
    Dieser Bilanzposten wurde nach dem Schema des § 266 Abs. 2 HGB unter Erweiterung nach § 265 Abs. 5 HGB (Allgemeine Grundsätze für Gliederung) hinsichtlich des Ausweises der aus öffentlich-rechtlichen Kassen gewährten Investitionszuschüsse gebildet.

Rückstellungen

13. Rückstellungen wurden nach Maßgabe des § 249 HGB zum Ansatz gebracht. Die Bemessung der Rückstellungen erfolgte dabei nach § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.
Sofern die Rückstellungen eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr aufwiesen wurden diese mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.
Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für unterlasse Instandhaltungen (89 T-€), die Übernahme von Forderungsausfallrisiken (73 T-€), interne und externe Abschluss- und Prüfungskosten (27 T-€), Aufbewahrungskosten (11 T-€) und Gebäudebetriebskosten (5 T-€).

Verbindlichkeiten

14. Die passivierten Verbindlichkeiten wurden vollumfänglich mit ihrem Erfüllungsbetrag (§ 253 Abs. 1 S. 2 HGB) zum Ansatz gebracht.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

15. Der Ansatz und die Bewertung der Posten der Bilanz erfolgte, mit Ausnahme der zwingenden Änderungen durch die Anwendung des HGB in der Fassung des BilRUG, im Vergleich zum Vorjahr stetig (§ 284 Abs. 2 Nr. 2 HGB).

D. Angaben zur Bilanz

16. **Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist aus dem Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) ersichtlich.

Restlaufzeitvermerke zu Forderungen (§ 268 Abs. 4 HGB)

17. Die Restlaufzeit bei Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen beträgt jeweils bis zu einem Jahr.

Bilanzierung der Ergebnisverwendung

18. Die Bilanz wurde nach § 268 Abs. 1 HGB **nach vollständiger** Verwendung des Jahresergebnisses erstellt.

Restlaufzeitvermerke zu Verbindlichkeiten und Sicherungsrechte

19. Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich vollumfänglich um Positionen mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Haftungsverhältnisse aus nicht bilanzierten Verbindlichkeiten gemäß § 251 HGB

20. Zum Bilanzstichtag lagen keine Haftungsverhältnisse nach §251 HGB vor.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3a HGB

21. Gegenüber der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDUNGSZENTRUM HALLE GmbH wurde ein Betriebsführungsvertrag abgeschlossen. Die finanzielle Verpflichtung hieraus beläuft sich für die Berichtsgesellschaft bis zum Vertragsende am 31.12.2018 auf 250.000 €.

E. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

22. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und analog § 158 Abs. 1 AktG erweitert. Des Weiteren wurde die Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 Abs. 5 HGB hinsichtlich des Ausweises der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse um einen gesonderten Posten erweitert bzw. weiter untergliedert. Gemäß Gesellschaftsvertrag sind der Jahresabschluss sowie der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

23. Die Gesellschaft hat ausschließlich den Tätigkeitsbereich Vermietung. Daher entfällt die Angabe nach § 285 Nr. 4 HGB.

24. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen in voller Höhe auf die laufende Geschäftstätigkeit.

F. Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

25. Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer betrug 2.

26. Der im Berichtsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss wurde vollständig in die gesellschaftsvertragliche Rücklage eingestellt.

27. Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 4.900,00 € und entfällt ausschließlich auf Abschlussprüfungsleistungen.

Namen der Geschäftsführer / Mitglieder der Unternehmensorgane

28. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2017 von

-Herrn Dr. Ulf-Marten Schmieder, Halle (Saale)

geführt. Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
Auf die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung wird in Anwendung der Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Halle (Saale), den 12. März 2018

.....

Dr. Ulf-Marten Schmieder
Geschäftsführer

Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale)

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2017

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	1.1.2017	Zugänge	Abgänge	31.12.2017	1.1.2017	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche	**5.662,05**	**4.264,00**	**0,00**	**9.926,05**	**5.662,05**	**830,00**	**0,00**	**6.492,05**	**3.434,00**	**0,00**
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.012.463,64	14.639,06	0,00	28.027.102,70	22.081.713,13	571.193,06	0,00	22.652.906,19	5.374.196,51	5.930.750,51
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	282.818,26	263,00	18.200,49	264.880,77	237.825,26	22.014,00	18.200,49	241.638,77	23.242,00	44.993,00
	28.295.281,90	**14.902,06**	**18.200,49**	**28.291.983,47**	**22.319.538,39**	**593.207,06**	**18.200,49**	**22.894.544,96**	**5.397.438,51**	**5.975.743,51**
III. Finanzanlagen										
1. Beteiligungen	2.350,00	0,00	0,00	2.350,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.350,00	2.350,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.000.000,00	2.500.000,00	1.000.000,00	2.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.500.000,00	1.000.000,00
	1.002.350,00	**2.500.000,00**	**1.000.000,00**	**2.502.350,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**2.502.350,00**	**1.002.350,00**
	29.303.293,95	**2.519.166,06**	**1.018.200,49**	**30.804.259,52**	**22.325.200,44**	**594.037,06**	**18.200,49**	**22.901.037,01**	**7.903.222,51**	**6.978.093,51**

Anlage zum Anhang

Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens
2. Forschung und Entwicklung

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
   a) Ertragslage
   b) Finanzlage
   c) Vermögenslage
4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
5. Gesamtaussage

III. Prognosebericht

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht
2. Risikobericht
3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institut der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Bio-Zentrum Halle GmbH seit ihrer Gründung schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i. H. v. ca. 28,0 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2017 ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumsräumen, S1- und S2 - Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie,

Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von Start-up's und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

<u>Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:</u>

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

<u>Regionale und überregionale Vernetzung:</u>

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und

wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zu den Deutschen Biotechnologietagen und zur Cebit sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention, zur conhIT Healthcare & IT, zur BIO Europe und auf einer Delegationsreise nach Estland genannt. Darüber hinaus wurden am Standort zahlreiche neue Veranstaltungsformate entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Beispiele hierfür sind der Weinberg Campus Talk, das Business Breakfast und das Weinberg Campus Life Sciences Meetup genannt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Bio-Zentrum Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Bio-Zentrum Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien die AG Bioparks im Bundesverband Innovationszentren, das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes "Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule" der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed-Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien und Informationstechnologie.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland wird in 2018 voraussichtlich wiederum insgesamt zunehmen. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind allerdings weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch protektionistische Strömungen beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen insgesamt dämpfen.

In den von der Bio-Zentrum GmbH fokussierten Wirtschaftsbranchen bleibt die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen verschärft sich zunehmend und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Bio-Zentrum Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und dessen Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität. Zudem wurden die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen.

Der Mietzins konnte auch im Jahr 2017 beibehalten werden, obwohl zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungsbereich als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Reparaturen entstanden.

Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur machte zudem Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum neben der notwendigen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik, Sanitäranlagen und Innenausstattungen sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark Weinberg Campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr die Umsetzung eines Zukunftskonzeptes für den Standort vorangetrieben. Dessen Weiterentwicklung und Detaillierung diente die Erarbeitung eines umfassenden strategischen Flächenentwicklungskonzeptes im Technologiepark Weinberg Campus. Die Mitarbeit im Arbeitskreis der Bio-Parks im Bundesverband der deutschen Innovationszentren und die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in der Projektgruppe Life Sciences der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland zielt auf eine stärkere Positionierung der Bio-Zentrum

Halle GmbH und eine Unterstützung der Bestandsunternehmen mit branchenspezifischen Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten.

Zur Unterstützung der Positionierung und der Marketing-Kommunikation wurde im Berichtsjahr ein neues Corporate Design entwickelt. Zukünftig werden alle Kommunikationsmaßnahmen crossmedial unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus umgesetzt. Diese ersetzt in der Veranstaltungs- und Partnerkommunikation in Kombination mit dem Logo der Stadt Halle (Saale) zukünftig die alten Logos der TGZ Halle und der Bio-Zentrum Halle GmbH.

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	884	48,3%	882	49,2%	2	0,2%
+ Mietnebenkosten	905	49,4%	892	49,7%	13	1,5%
+ = UMSATZERLÖSE	1.789	97,7%	1.774	98,9%	15	0,8%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	40	2,2%	7	0,4%	33	471,4%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	3	0,2%	13	0,7%	-10	-76,9%
= BETRIEBSLEISTUNG	**1.832**	**100,0%**	**1.794**	**100,0%**	**38**	**2,1%**
+ Raumkosten Mieter	950	51,9%	911	50,8%	39	4,3%
+ Personalkosten	58	3,2%	88	4,9%	-30	-34,1%
+ eigene Raumkosten	75	4,1%	83	4,6%	-8	-9,6%
+ Betriebsführung	250	13,6%	250	13,9%	0	0,0%
+ Versicherungen / Beiträge	7	0,4%	7	0,4%	0	0,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	213	11,6%	125	7,0%	88	70,4%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,2%	3	0,2%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	9	0,5%	13	0,7%	-4	-30,8%
+ Kosten der Warenabgabe	5	0,3%	0	0,0%	5	*
+ sonstige Kosten	64	3,5%	77	4,3%	-13	-16,9%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	626	34,2%	558	31,1%	68	12,2%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.634	89,2%	1.557	86,8%	77	4,9%
= EBITDA	**198**	**10,8%**	**237**	**13,2%**	**-39**	**-16,5%**
+ Abschreibungen	594	32,4%	593	33,1%	1	0,2%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-438	-23,9%	-438	-24,4%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	156	8,5%	155	8,6%	1	0,6%
= EBIT	**42**	**2,3%**	**82**	**8,6%**	**-40**	**-48,8%**
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	10	100,0%	6	100,0%	4	66,7%
+ **= FINANZERGEBNIS**	**10**	**100,0%**	**6**	**100,0%**	**4**	**66,7%**
= **EBT**	**52**	**2,8%**	**88**	**4,9%**	**-36**	**-40,9%**
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	9	17,3%	20	22,7%	-11	-55,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- **= STEUERERGEBNIS**	**9**	**17,3%**	**20**	**22,7%**	**-11**	**-55,0%**
= **JAHRESÜBERSCHUSS**	**43**	**2,3%**	**68**	**3,8%**	**-25**	**-36,8%**

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2016 um 38 T-€ (= 2,1 %) auf 1.832 T-€ erhöht. Dabei stiegen die Mieteinnahmen um 2 T-€, die abgerechneten Mietnebenkosten um 13 T-€ und die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten um 33 T-€ gegenüber dem Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen dagegen um 10 T-€ zurück. Dies entspricht den Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan für 2017.

Die **betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 77 T-€. Dabei haben sich in dieser Position die Raumkosten der Mieter (+39 T-€), die Instandhaltungsaufwendungen (+88 T-€) und die Kosten der Warenabgabe (+5 T-€) erhöht. Die Personalkosten (-30 T-€), die Raumkosten (-8 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-4 T-€) und die sonstigen Kosten (-13 T-€) haben sich hingegen vermindert. Der Planansatz wurde um 14 T-€ unterschritten. Die um 53 T-€ überschrittenen geplanten Reparatur- und Instandhaltungskosten konnten durch Unterschreitungen bei den Raumkosten Mietern (25 T-€ unter Plan), Personalkosten (2 T-€ unter Plan), eigene Raumkosten (15 T-€ unter Plan) und Werbe- und Reisekosten (24 T-€ unter Plan) eingespart werden.

Der **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2016 um 39 T-€ auf 198 T-€ vermindert.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 594 T-€ (Vorjahr: 593 T-€).
Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich nicht verändert und betragen wie bisher 438 T-€.
Die saldierten Abschreibungen lagen somit mit 156 T-€ um 1 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** hat sich im Vergleich zu 2016 um 40 T-€ auf 42 T-€ verschlechtert. Gegenüber dem Planansatz i.H.v. 28 T-€ gab es hier eine positive Abweichung von 14 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (6 T-€) um 4 T-€ verbessert und liegt damit auch um diesen Betrag über dem Planansatz.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich durch das verminderte Ergebnis vor Steuern um 11 T-€ auf 9 T-€ vermindert und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 17,3 % gegenüber 22,7 % im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 25 T-€ auf 43 T-€ vermindert, liegt aber dennoch 19 T-€ über dem Planansatz.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtjahres rund 1.457,5 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 1.239,9 T-€ gemindert. Die Verminderung resultiert aus der Umschichtung von liquiden Mitteln in höher verzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens.
Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2017		**Bilanz zum 31.12.2016**		**Änderung ggü. d. Vorjahr in**	
	T€	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	6.856,5	71,8	6.813,8	68,3	42,7	0,6
Sonderposten für Investitions-zuschüsse des Anlagevermögens	2.251,3	23,5	2.689,7	26,9	-438,4	-16,3
Rückstellungen	206,1	2,2	120,3	1,2	85,8	71,3
Erhaltene Anzahlungen	79,3	0,8	129,1	1,3	-49,8	-38,6
Lieferverbindlichkeiten	110,9	1,2	130,4	1,3	-19,5	-15,0
Sonstige Verbindlichkeiten	34,5	0,4	91,7	0,9	-57,2	-62,4
Summe Verbindlichkeiten	224,7	2,4	351,2	3,5	-126,5	-36,0
Rechnungsabgrenzungsposten	8,5	0,1	8,5	0,1	0,0	0,0
Summe Passiva = Gesamtkapital	**9.547,1**	**100,0**	**9.983,5**	**100,0**	**-436,4**	**-4,4**

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2017		Bilanz zum 31.12.2016		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	3,4	0,0	0,0	0,0	3,4	**
Sachanlagen	5.397,5	56,6	5.975,7	59,9	-578,2	-9,7
Finanzanlagen	2.502,3	26,2	1.002,3	10,0	1.500,0	149,7
Summe Anlagevermögen	7.903,2	82,8	6.978,0	69,9	925,2	13,3
Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	184,7	1,9	306,4	3,1	-121,7	-39,7
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	1.457,5	15,3	2.697,4	27,0	-1.239,9	-46,0
Summe Umlaufvermögen	1.642,2	17,2	3.003,8	30,1	-1.361,6	-45,3
Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	**9.547,1**	**100,0**	**9.983,5**	**100,0**	**-436,4**	**-4,4**

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 436,4 T-€ (= -4,4 %) auf 9.547,1 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch Zugänge im Finanzanlagevermögen (1.500,0 T-€) auf nunmehr 82,8 % (Vorjahr: 69,9 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 59,9 % im Vorjahr auf 56,6 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.
Das **Finanzanlagevermögen** hat sich durch Anschaffung von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 1.500,0 T-€ erhöht. Der Anteil am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 10,0 % auf 26,2 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (19,1 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 594,0 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** zusammen mit den **immateriellen Vermögensgegenständen** um 574,9 T-€ auf einen Betrag von 5.400,8 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 1.361,6 T-€ oder 45,3 % auf 1.642,2 T-€ vermindert. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 88,0 T-€ haben sich um 84,4 T-€ erhöht, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um 206,1 T-€ auf 96,7 T-€ vermindert.
Die wesentliche Veränderung bei den Sonstigen Vermögensgegenständen ergibt sich bei den Forderungen aus Überleitung der Mieterdirektabrechnung der EVH in Höhe von 209,5 T-€.

Die **liquiden Mittel** betrugen am Bilanzstichtag 1.457,5 T-€ (Vorjahr: 2.697,4 T-€) und nahmen damit um 1.239,9 T-€ ab. Dies ist auf die Umschichtung in langfristiges Finanzanlagevermögen zurückzuführen.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr in Höhe von 1,7 T-€ auszuweisen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran.

Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 99,79 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i. H. v. 100,00 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

- Life Sciences (Biotechnologie, Medizintechnik, Pharma) 56,25%
- Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen 37,50%
- Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien 6,25%

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 16 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2018 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2019 bis 2023 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2018	1.812	1.921	6	-103
2019	1.815	1.934	6	-113
2020	1.815	1.938	6	-117
2021	1.825	1.821	6	10
2022	1.825	1.825	6	6
2023	1.825	1.825	6	6

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bietet einerseits die positive konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft, andererseits aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der Bio-Zentrum Halle GmbH entsprechend, sind Chancen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der im Vorjahr beschlossenen Zukunftsstrategie wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert und im Berichtsjahr durch ein Flächenentwicklungskonzept weiter untersetzt. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Bio-Zentrum Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2018 wiederum das Ziel der Ansiedlung von zwei bis drei neuen technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschulumfeld. Des Weiteren soll die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen intensiviert und die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) und der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der Bio-Zentrum Halle GmbH sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Bedingt durch die Fertigstellung des Neubaus eines Proteinzentrums der Martin-Luther-Universität erfolgt ein Auszug universitärer Forschungsgruppen (und deren Kooperationspartner der Max-Planck-Gesellschaft) zum Ende des ersten Quartals 2018. Für das Geschäftsjahr 2018 bestehen dadurch zumindest temporär erhebliche Leerstandsrisiken i. H. v.

ca. 1.420 m^2. Zudem ist mit erheblichen Umbauten und Modernisierungskosten auf diesen Flächen zu rechnen, die das betriebswirtschaftliche Ergebnis zusätzlich belasten werden. Zur Reduktion der genannten Effekte werden die Akquisitionsbemühungen im Geschäftsjahr erheblich verstärkt. Von potentiellen Mietern liegen der Geschäftsführung bereits Interessensbekundungen vor.

Durch die prognostizierten unternehmensindividuellen Szenarien ist insbesondere im Jahr 2018 mit verringerten Mieteinnahmen zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2018 ein temporäres Absinken der Flächenauslastung auf unter 90% zur Folge. Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung Unternehmen proaktiv bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Bio-Zentrum Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Bio-Zentrums sowie des Technologie- und Gründerzentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang steht auch 2018 die Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der

technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der Bio-Zentrum Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. Bio-Zentrum, TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuereinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2018 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der Bio-Zentrum Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Life Sciences, Biotechnologie, Bioökonomie, Material Sciences sowie Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zurzeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH besteht die diesbezügliche Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu

schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie und Life Sciences aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups, insbesondere mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Bio-Zentrum Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfänglichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Bio-Zentrum Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dem entsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der im Vorjahr beschlossenen Zukunftsstrategie, die es in den nächsten Jahren plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem gewissen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.

- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im nationalen und internationalen Wettbewerb zur Folge. Positiv für die Bio-Zentrum Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus zu stabilisieren und gemeinsam mit der Bio-Zentrum Halle GmbH, der TGZ Halle GmbH und weiteren Partnern ein Pilotprojekt zur Energieeffizienz umzusetzen.

- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.

- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.

- Aktuell ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.

- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.

- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus der im Berichtszeitraum durchgeführten Mieterbefragung und aus Diskussionsforen zur Standortentwicklung.

Die dargestellten Risiken können kurz- und mittelfristig zu Mietausfällen führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch sich der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum zwar leicht erhöhte, sich aber nach wie vor im Wettbewerbsvergleich auf einem niedrigen Niveau befindet. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu

einem erhöhten Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unseres Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Halle (Saale), 12. März 2018

.....

Dr. Ulf-Marten Schmieder

Geschäftsführer

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH datiert vom 12. Juli 2014 und ist bindend.

Neben der oben angeführten Geschäftsordnung, den Organisationsrichtlinien gemäß QM-Handbuch ist künftig auch vorgesehen, die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale) einzuhalten, wie sie im Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) niedergelegt sind.

Die Abgabe einer Entsprechungserklärung oder des Berichtes zum Kodex ist jedoch erst nach abschließender Übernahme des Kodex erforderlich. Der Prozess der Umsetzung des Kodex endet erst mit dem Gesellschafterbeschluss über die Änderung des Gesellschaftsvertrages.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Es fand eine Gesellschafterversammlung statt, davon eine mit schriftlicher Beschlussfassung. Formelle Geschäftsführungssitzungen wurden nicht abgehalten.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Mitglieder der Geschäftsführung gehören keinen Aufsichtsräten an. Der Geschäftsführer nimmt die Gesellschafterfunktion bei der BMD GmbH wahr.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütung der Organmitglieder wird unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB zutreffend nicht im Anhang angegeben.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Die TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH ist nach DIN ISO 9001 zertifiziert. Inhaltlich stellt ein Qualitätsmanagement-Handbuch den Organisationsaufbau dar und regelt diesen. Im Mai 2016 hat ein Audit bei der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH stattgefunden. Über den Betriebsführungsvertrag mit dem TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH gilt der im Qualitätsmanagement Handbuch niedergelegte Organisationsaufbau und dessen Regelungen auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Beim Abschluss von Verträgen mit einem Vertragswert von mehr als TEUR 100 bedürfen die Handlungen der Geschäftsführer der Genehmigung durch die Gesellschafter. Weitere Regelungen sind in der Geschäftsordnung angeführt.

Es ist vorgesehen, dass künftig ergänzend im Rahmen der Einführung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) der Abschnitt 8. Korruptionsprävention durch die Gesellschaft zu beachten ist.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Es gilt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer vom 12. Juli 2014. Im Übrigen wird nach den internen Organisationsrichtlinien, wie sie im QM-Handbuch niedergelegt sind, verfahren. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Anweisungen und Richtlinien nicht eingehalten werden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten im Zusammenhang mit sachlichen und zeitlichen Zusammenhängen von Projekten den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden systematisch untersucht.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens und ist angemessen.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Es besteht ein funktionierendes Finanzmanagement. Es bestehen ausreichend liquide Mittel und es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; eine Kreditüberwachung entfällt somit.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Entfällt.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Durch Ausgliederung des Facility Managements an externe Dienstleister ist sichergestellt, dass im Rahmen der Vermietung neben der Miete alle weiteren Entgelte für die Betriebskosten vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Im Übrigen bieten der Betriebsablauf und die Organisation die Gewähr, dass andere als Mietentgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Das bestehende Mahnwesen gewährleistet ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv einzuziehen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Das Controlling entspricht den Anforderungen des Unternehmens und umfasst alle wesentlichen Unternehmensbereiche.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Entfällt.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Aufgaben und Ziele des Risikomanagements der TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH gelten auch über den Betriebsführungsvertrag für die Bio-Zentrum Halle GmbH. Die Aufgaben und Ziele des Risikomanagements der TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH sind im Qualitätsmanagement Handbuch niedergelegt, einschließlich der Definition der Frühwarnsignale und der zu ergreifenden Maßnahmen.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen sind ausreichend und geeignet ihren Zweck zu erfüllen. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Maßnahmen sind ausreichend dokumentiert.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Frühwarnsignale und Maßnahmen werden kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**

- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**

Komplexe Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Entfällt.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- **Erfassung der Geschäfte,**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse,**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung,**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Entfällt.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Entfällt.

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt.

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Die TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH hat sich einem QM-Audit unterzogen und wurde zertifiziert. Über den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH ist auch die Gesellschaft in das QM einbezogen. Die Organisationsanweisungen im QM Handbuch bieten die Gewähr, dass eine der Größe der Gesellschaft angemessene Funktionstrennung erfüllt wird. Eine Interne Revision als eigenständige Stelle ist damit entbehrlich. Wesentliche Teile des Geschäftsbetriebes werden durch die EVH GmbH abgewickelt (Facility Management). Im Rahmen der Geschäftsbesorgung mit der EVH GmbH unterliegt dieser Teil des Geschäftsbetriebs der Prüfung durch die Innenrevision der EVH GmbH.

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Entfällt.

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Entfällt.

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Entfällt.

e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Entfällt.

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/ Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Entfällt.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt wurde.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Entfällt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen werden angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden laufend überwacht und Abweichungen untersucht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Es haben sich keine wesentlichen Überschreitungen bei den abgeschlossenen Investitionen ergeben.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Es bestehen Dienstleistungsverträge zur Instandhaltung für jedes Gebäude der Gesellschaft. Die zugehörigen Verträge werden regelmäßig durch Dritte ausgeschrieben. Es haben sich keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen Vergaberegelungen ergeben.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Bei größeren Investitionen, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen werden Vergleichsangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Der Gesellschafterversammlung wird regelmäßig Bericht erstattet. Die Berichterstattung erfolgt mündlich in den Gesellschafterversammlungen und unter Einsatz von schriftlichen Beschlussvorlagen. Für die Stadt Halle werden quartalweise Beteiligungsberichte erstellt. Auf besondere Anforderungen erfolgt bei Anfragen Berichterstattung durch die Geschäftsführer an ihre Organe und entscheidungsbefugten Stellen.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Gesellschafterversammlung wurde über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen liegen nicht vor

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Entfällt.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Hierfür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung mit angemessenem Selbstbehalt liegt vor.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Entfällt.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Es besteht kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Es bestehen keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschluss-Stichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Unternehmensfinanzierung erfolgt im Wesentlichen durch Eigenmittel.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Entfällt.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Gewinnverwendungsvorschlag erfolgt satzungsgemäß und ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Entfällt.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Es haben sich hierfür keine Anhaltspunkte ergeben.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, lagen im Geschäftsjahr nicht vor.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt, vgl. a).

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Strategische Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage wurden nicht eingeleitet. Die voraussichtliche Entwicklung der Ertragslage ergibt sich aus der mittelfristigen vorläufigen Planung für die Jahre 2018 bis 2023. Eine Neustrukturierung des Geschäftsmodells in Hinblick auf neue Vertriebsmöglichkeiten ist in Planung.

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Gründung	Die Gesellschaft wurde am 15. Juli 1994 gegründet.
Firma	Bio-Zentrum Halle GmbH
Sitz	Halle (Saale)
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18. Mai 2006.
Handelsregister	Die Gesellschaft ist im Handelsregister von Stendal unter der Nummer HR B 208840 eingetragen. Der letzte uns vorliegende Auszug datiert vom 24. April 2018.
Gegenstand	Errichtung und Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle. Dazu gehören insbesondere: Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften, Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien, Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten („Institute an der Martin-Luther-Universität") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	EUR 26.000,00
Kapitalverhältnisse	Das Stammkapital ist vollständig eingezahlt.

	EUR	%
Stadt Halle (Saale)	13.250,00	50,96
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	12.750,00	49,04
	26.000,00	**100,00**

Vorjahresabschluss	In der Gesellschafterversammlung am 7. Juni 2017 ist (1) der von der Geschäftsführung aufgestellte, von Brennecke Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 nebst Lagebericht vorgelegt und der Jahresabschluss festgestellt worden; (2) den Mitgliedern der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt worden; (3) der Jahresüberschuss in Höhe von EUR 68.427,81 in eine gesellschaftsvertraglichen Rücklage für Infrastruktur und Bau-, Haustechnikinstandhaltung eingestellt worden.

Größe der Gesellschaft	Die Gesellschaft ist i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft.
Geschäftsführer	Die Mitglieder der Geschäftsführung sind im Anhang der Gesellschaft (Anlage 1.3) aufgeführt.
Steuerliche Verhältnisse	Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Halle (Saale) unter der Steuernummer 111/107/08763 geführt. Sie unterliegt der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuer sowie der Umsatzsteuer. Im Berichtszeitraum fand keine steuerliche Außenprüfung statt.